

Die gesellschaftliche Herausforderung in den Industrieländern
oder: Wem gehört Wissen und Information im 21. Jahrhundert?

Informationsgesellschaft und Verantwortung
Wissenschaftsforum Berlin - 22. Oktober 2003

Rainer Kuhlen
FB Informatik und Informationswissenschaft – Universität Konstanz

Das Wissenschaftsforum hat mit dem Titel *Informationsgesellschaft und Verantwortung* zu Recht eine ethische Dimension in die aktuelle Dimension um die Ausgestaltung der Informationsgesellschaft gebracht, die angesichts der nicht zu verkennenden ökonomischen Dominanz, nicht zuletzt im Zusammenhang des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS), oft genug verkannt wird. Dass Informationsgesellschaft in erster Linie als technische und ökonomische Herausforderung gesehen wird, mag man auch daran sehen, dass die Initiative für WSIS von der ITU ausgegangen ist, die dann auch in erster Linie mit der Organisation betraut wurde. Bei der ITU versammelt sich sicherlich die globale technische Kompetenz für den Telekommunikationsbereich. Kaum wird dort über Ethik diskutiert. Nicht etwa ist die UNESCO damit beauftragt worden, die mit ihren Objektbereichen Wissenschaft, Erziehung, Kultur und Kommunikation eigentlich dafür prädestiniert gewesen wäre und die während der WSIS-Vorbereitungskonferenzen zuweilen Schwierigkeiten hatte, zu den Verhandlungen der Regierungsdelegationen überhaupt zugelassen zu werden. Für Deutschland ist für das Thema Informationsgesellschaft das Wirtschaftsministerium zuständig und damit auch für die Zusammensetzung der Regierungsdelegation für WSIS. Ob sich damit auch die ökonomische Vernunft durchsetzen wird, wird man schon aus der in diesen Tagen fälligen Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der CDU/CSU-Fraktion bezüglich der deutschen WSIS-Politik entnehmen können.

Natürlich wird bei einem solchen Titel *Informationsgesellschaft und Verantwortung* sofort Hans Jonas mitgedacht. Jonas hatte mit seiner Verantwortungsethik zwar das Thema Informationsgesellschaft nicht angesprochen, schon gar nicht eine solche, die sich zunehmend in und über elektronische Räume entfaltet. Er hat aber mit dem Begriff der Verantwortung die Sicht der Ethik zu einen von der individuellen Zuständigkeit (was soll ich darf ich tun?) auf die soziale und damit politische Ebene geholt, vielleicht zurückgeholt - in der aristotelischen Tradition bis hin zu Hegel, waren Politik, Ökonomie und Ethik untrennbar. Und zum ändern hat Jonas, und das ist vielleicht folgenreicher bzw. sollte folgenreicher bis hin zum Weltgipfel sein, mit seiner Verantwortungsethik den Zusammenhang von ethischem Handeln und Nachhaltigkeit (ohne diesen Begriff zu verwenden) deutlich herausgestellt.

Was wir heute tun, muss in der Gegenwart zu einer für alle gerechten, d.h. fairen und guten Gesellschaft beitragen, muss aber gleichzeitig daran gemessen werden, ob zukünftigen Generationen nicht die Chancen verbaut werden, eben solche Gesellschaften zu erreichen. Die formalen ethischen Prinzipien können seitdem nur Inklusivität und Nachhaltigkeit heißen, die materialen ethischen Prinzipien nur Gerechtigkeit und gutes Leben.

Für unsere Gegenwart und sicher weiter für zukünftige Generationen werden die Bedingungen, diese Ziele zu erreichen, in erster Linie von der Art abhängen, wie wir den Umgang mit Wissen und Information gestalten, ob dieser also nach den Prinzipien der Inklusivität und Nachhaltigkeit organisiert ist und sich den Zielen einer gerechten und guten Gesellschaft annähert.

Nach diesen Vorbemerkungen wird verständlich, warum ich dem Titel meines Vortrag „Die gesellschaftliche Herausforderung in den Industrieländern“ den Untertitel „Wem gehört Wissen und Information im 21. Jahrhundert?“ gegeben habe. In der Tat scheint mir das die entscheidende Fragen nach der Verantwortung in der Informationsgesellschaft zu sein. Ich stelle daher zu Beginn die These auf, dass Gesellschaften, die mehr Energie darauf

verwenden, sich um die Sicherung der Eigentumsverhältnisse von bestehendem Wissen und Information zu kümmern bzw. um die Sicherung von Verwertungsansprüchen, als auf die Rahmenbedingungen, die die Produktion von neuem Wissen begünstigen, sich in einer ökonomischen, wissenschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Abwärtsentwicklung befinden.

Wir wollen eine solche Politik „Sicherungspolitik“ nennen. Eine solcher Politik der (individuellen und globalen) Sicherung von Ansprüchen an und aus geistigem Eigentum geht heute zusammen – und das ist kein zufälliger, sondern ein systematischer Zusammenhang – mit einer Sicherheitspolitik, bei der die individuelle und vor allem staatliche Sicherheit in der Wertehierarchie gegenüber klassischen bürgerlichen Werten wie Privatheit, Meinungs-, Presse- oder Kommunikationsfreiheit ganz nach oben gerückt ist. Auf diesen letzten Aspekt der Sicherheit gehe ich allerdings hier nicht explizit ein.

Solche Umschichtungen in der Politik und nicht zuletzt ihre Auswirkungen auf unser normatives Verhalten (z.B. bezüglich des Anspruchs auf den Zugriff auf Wissen oder des Rechts auf Anonymität bei solchen Zugriffen) werden natürlich nicht von einzelnen „Schurken“, seien es Personen oder Staaten, verursacht, sondern sind das Resultat von weltweiten Auseinandersetzungen um die Prinzipien der Ausgestaltung der globalen Weltgemeinschaft und damit auch der Informationsgesellschaften.

Wir können keineswegs mit der folgenden Darstellung einen umfassenden Anspruch auf die Darstellung solcher Auseinandersetzung geben, aber im Zeitraum zwischen 2003 und 2005 scheinen uns die folgenden drei „Ereignisse“ für die Ausgestaltung auch der Informationsgesellschaft bestimmend zu werden¹:

- WSIS in der Phase I Dezember 2003, in der Phase II 2005 in Tunis (dazu näher im Folgenden)
- Die WTO/GATS-Verhandlungen, die Mitte 2004 (ursprünglich) zu einem Abschluss kommen sollten. Mit Blick auf unser Thema kann GATS nur zu einer Intensivierung der jetzt schon über TRIPS bzw. die WIPO-Vereinbarungen und die denen folgenden nationalen Gesetze Anpassungen festgeschriebenen intellektuellen Eigentumsrechte führen, obgleich ein grundsätzlicher Neuansatz für IPR erforderlich wäre.
- Die UNESCO-Anstrengungen um eine (dann völkerrechtlich verbindliche) Konvention zum Erhalt kultureller Vielfalt, die auf der Generalkonferenz 2005 verabschiedet werden soll.

Jedenfalls schien uns das bis Anfang September der Fall zu sein. Und dann hat Cancun vermutlich alles durcheinandergebracht. Mit Cancun wurde nicht nur eine spezielle WTO-Konferenz zum Scheitern gebracht, sondern ein Prozess eingeleitet, der den gesamten WTO/GATS-Fahrplan zur fortgesetzten Liberalisierung des Handels auch mit Informations-, Medien-, Bildungs- und Kulturgütern allgemein, vorsichtig gesagt, durcheinander bringen, realistischer insgesamt bedrohen kann. In Cancun hat sich mit der Koalition der G21- und G60-Länder (in der Sprache der Weltbank die *Adopter-* und *Late-Comer*-Staaten) ein neuer Block gebildet, der zumindest in der Lage ist, wie vor gut 25 Jahre der „Block der bockfreien Staaten“ aus den Entwicklungsländern, globale Interessen zumindest zu artikulieren.

Cancun und WTO/GATS beeinflussen, just zum gleichen Zeitpunkt September/Oktober 2003, zu dem die USA wieder in die UNESCO zurückkehrten, aus der sie vor 25 Jahren im Weltinformations- und -kommunikationsordnungsstreit mit dem damaligen Block der Entwicklungsländer - vorderhand ging es um Medien- und Informationsfreiheit, in Wirklichkeit um die Dominanz über die entstehenden weltweiten Medien- und Informationsmärkte - ausgetreten waren, auch die UNESCO-Bemühungen um die erwähnte Konvention zum Erhalt

¹ Den Hinweis auf den auch zeitlichen, aber vor allem auch systematischen Zusammenhang dieser drei „Ereignisse“ verdanke ich der Vizepräsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, Frau Dr. Verena Metz-Mangold.

kultureller Vielfalt. Die USA haben sofort bei dem Wiedereintritt in die UNESCO, diese Konvention, die nicht zuletzt unter der Führung Frankreichs von der EU bislang unterstützt wird, mit dem Hinweis auf die negativen Folgen für eine weitere Liberalisierung des Handels der durch die Konvention angesprochenen Güter attackiert.

Beider Ausgang – der WTO/GATS-Verhandlungen und der Verhandlungen zur UNESCO-Konvention – sind nicht zuletzt durch Cancun offen geworden. Wir wollen uns auf WSIS konzentrieren, wo zu Beginn der dritten Vorbereitungskonferenz in Genf Anfang September das Scheitern von Cancun nicht zuletzt zu einem offensiveren Verhalten der Länder des Südens“ geführt hat. Der WSIS schien eine Weile in der Gänze gefährdet zu sein, vielleicht ist er es noch. Warum?

WSIS soll zu einer Deklaration über die Ziele und Gegenstände der globalen Informationsgesellschaft führen, die durch einen Aktionsplan in konkrete Maßnahmen überführt werden sollten. Noch liegen die endgültigen Texte nicht vor und werden wohl auch bis kurz vor der Konferenz, wenn überhaupt, nicht vorliegen.

Die bisherigen Vorbereitungskonferenzen (PrepComs) haben zu so gut wie keinen Ergebnissen geführt. Alle Formulierungen der offiziellen Texte sind mehrfach geschachtelt in eckigen Klammern gesetzt, was in der UN-Konvention bedeutet, dass man sich über das in den Klammern Stehende noch nicht geeinigt hat. Die Tendenz ist klar erkennbar: die Differenzen werden größer, damit die Auseinandersetzungen härter und die Politik dessen, was wir Sicherungs- und Sicherheitspolitik genannt haben, bleibt bestehen bzw. verstärkt sich noch eher.

Vertreter der Entwicklungsländer G21+G60 fordern, wie es zu Beginn des WSIS-Prozesses auch vorgesehen war, eine (ausschließliche) Ausrichtung auf Themen der Entwicklungszusammenarbeit und der Überwindung des *Digital divide*. Als nicht entscheidend werden Themen aus dem weiteren Umfeld der Menschenrechte angesehen. Deshalb besteht auch keine großes Interesses an einer Deklaration, Charta oder ähnlichen Grundsatzserklärungen. Gefordert wird vielmehr ein *Digital solidarity fund* für den Aufbau von ICT-Infrastruktur.

Genauso ein solcher Fund aber von den Industrieländern abgelehnt, die sich offenbar vor den eigentlichen Konferenzplanungen darauf verabredet haben, keinerlei finanzielle Zugeständnisse zu machen. Schaut man sich die gegenwärtige Politik und die Formulierungen zu den intellektuellen Eigentumsrechten (IPR-Politik) an, so ist auch nicht zu erwarten, dass Zugeständnisse hinsichtlich der freizügigeren Nutzung von rechtesgeschützten Werken durch Länder des Südens gegeben werden.

Ebenfalls ist keine grundsätzlich andere Internet-Governance-Politik zu erwarten, dafür sind einfache die Interessen und der Einfluss der USA zu stark. Von Seiten des Westens, zum Teil aber durchaus unterstützt von Ländern wie Russland, sind sehr stark Sicherheitsaspekte in den Vordergrund gerückt worden.

Die Wertedebatte wird intensiv von den Vertretern aus der Zivilgesellschaft geführt, deren aktives Mitwirken und deren Argumente aber nicht zuletzt auch von einigen der sogenannten *Adopter*-Staaten in Zweifel gezogen werden.

Fassen wir kurz die entscheidenden kritischen Punkte der gegenwärtigen aktuellen WSIS-Debatte zusammen. Es geht um:

- Finanzierung - *Digital solidarity fund*
- Internetregulierung - Internet Governance
- Meinungs- und Medienvielfalt –Medienorganisation
- Right to communicate (r2c) - Recht auf Informations-/ Kommunikationsfreiheit
- Cybersicherheit vs. Privacy
- Sicherung Intellectual Property Rights (IPR) vs. Open Source

Jedes dieser Themen wäre eine detaillierter Auseinandersetzung wert. Wir bleiben bei dem letzten Aspekt, den wir für zentral für die Ausgestaltung der Informationsgesellschaft ansehen,

und verbinden ihn zum Schluss mit dem Thema des globalen Ausgleichs und gehen damit knapp auf das erste Problemfeld des Digital solidarity fund ein.

Unsere Ausgangsthese über den Zusammenhang von Sicherung bzw. Freizügigkeit von Wissen und Information und gesellschaftlicher Entwicklung wie folgt umformulieren: je freizügiger der Umgang mit Wissen und Information jedweder medialer Art gestaltet werden kann desto höher ist

der Innovationsgrad der Wirtschaft,
der Inventionsgrad der Wissenschaft,
der Demokratisierungs- und Transparenzgrad des politischen Systems

Es geht hierbei nur indirekt um Wissen, um die Ideen selber. Wissen ist frei und frei verfügbar. Wissen kann niemandem gehören, ebenso wenig wie die Luft niemandem gehören kann.

Wissen, in der klassischen Formulierung von Thomas Jefferson, eignet sich nicht für Eigentum. Verfügbar ist Wissen allerdings nur dann, wenn man Zugriff darauf hat. Zugriff ist nur über die medialen Repräsentation von Wissen möglich und auch nur diese sind geschützt. Solange aber auf Wissen nicht direkt, also ohne mediale Repräsentation und ohne die Informationsprodukte in welcher Form auch immer, zugegriffen werden kann, ist das Thema des Umgangs mit Wissen und Information ein Thema der Organisation der sich global organisierenden Informations- und Medienmärkte und eine Angelegenheit der Modelle und der Bedingungen, unter denen mit Wissen und Information bzw. mit den Informationsprodukten gehandelt wird bzw. unter denen Wissen und Information freizügig geteilt und ausgetauscht wird.

Und da haben wir den Grundwiderspruch moderner Informations- und Wissensgesellschaften: Wissen und Information könn(t)en so umfassend und freizügig wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit allen bereitgestellt werden – faktisch ist jedoch der Zugriff auf Wissen und Information nie so kompliziert und begrenzt geworden und nie so ungleich verteilt wie heute in den globalen elektronischen Räumen.

Aus diesem Konflikt können wir – in aller gebotenen Kürze – eine Binnenherausforderung und eine globale Herausforderung ableiten:

- a) Überwindung der Restriktionen der Verknappung von Information über neue Geschäftsmodelle - nicht durch Verschärfung des Rechts und nicht durch technische Maßnahmen wie Digital Rights Management (DRM)
- b) Überwindung des globalen *Digital divide* durch Ausgleichmodelle – Bereitschaft zum Teilen und zum nachhaltigen, inklusivem Umgang mit Wissen und Information

Bezüglich (a) vernachlässigen wir die rechtlichen und softwaretechnischen Aspekte der Verknappung von Wissen (obgleich es diese vermutlich sind, bei denen die entscheidenden Weichen gestellt werden – beide Themen werden in der IPR-Literatur am intensivsten behandelt) und gehen knapp auf die Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Organisations- und Geschäftsmodellen ein:

- Tendenziell vollständige Digitalisierung aller Wissens- und Informationsobjekte
- Beliebige Vermehrbarkeit der Objekte ohne Verlust der Qualität der Originale
- Rücknahme von Transaktionskosten
- Globalisierung der Verteil- und Zugriffsmärkte
- kein Kauf mehr, sondern Lizenzierung, Pricing for information
- keine einfache Kontrolle der Kopien und des Verleihens
- Verknappung/Kontrolle über technische Maßnahmen
- Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen, Ausdehnung des Begriffs des geistigen Eigentums auf digitale Produkte

Wollen wir die Zielvorgaben von inklusiven und nachhaltigen Informationsgesellschaften nicht aus dem Blick verlieren, so sollte für Organisations- und Geschäftsmodelle für den Umgang mit Wissen und Information allgemein gelten (und zwar nicht nur für den Wissenschaftsbereich, wenn auch hier das öffentliche Interesse besonders deutlich ist): jedes Stück Wissen für jeden zu jeder Zeit von jedem Ort zu fairen Bedingungen.

Wir entwickeln hier nicht diese neuen notwendigen Organisations- und Geschäftsmodelle – weisen allerdings daraufhin, dass in der letzten Zeit sowohl auf den Publikumsmärkten bei der Musikindustrie als auch auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Publizierens, wo die Wissenschaft zunehmend selber die Organisation (Produktion, Bewertung sowieso, aber auch Aufbereitung und Bereitstellung) ihrer Wissensprodukte übernimmt (OAI; PLOS; SPARC etc.) -, sondern erwähnen nur kurz die Prinzipien, die diesen neuen Modellen in Ablösung des bislang dominierenden proprietären Verwertungsparadigmas zugrunde liegen sollten:

- Information Sharing - Tauschprinzip
- Offenheit, Transparenz
- Direkt-/Eigenpublikation
- Peer-to-Peer (Endnutzer/Endanbieter)
- Reputative Anerkennung
- Rücknahme der kommerziellen Mittler
- Crediting - Lizenzierung
- Nachhaltigkeit von Wissen und Information (Wissensökologie)

Auch das Thema der globalen Herausforderung an die Ausgestaltung der Informationsgesellschaft behandeln nur ganz knapp. In finanzieller Hinsicht müssten zumindest die Vorgaben des Monterrey-Konsensus (=0.7. % des Bruttosozialprodukts zugunsten der Länder des „Südens“) schrittweise erreicht, wovon die meisten Länder des Westens und Nordens noch weit entfernt sind. Es ist kaum vorstellbar, dass das Ziel, eine inklusive und nachhaltige, globale Weltwirtschaft und Informationsgesellschaft zu schaffen, ohne große finanzielle Anstrengungen erreicht werden kann. Es ist aber ebenso unvorstellbar, dass der Informationsfrieden (und mit ihm der Frieden in der Welt insgesamt) gesichert werden kann, wenn sich nicht die Bereitschaft zum Teilen und zur Aufgabe existierender Privilegien global durchsetzen wird.

Man kann nur auf die List der Vernunft setzen, dass sich im Durchrechnen der jeweiligen Interessen herausstellt, dass die Verknappung, die Sicherungspolitik (und mit ihr die Sicherheitspolitik) dauerhaft nicht im Interesse der entwickelten Länder liegt. Ob die in der Diskussion stehenden Ausgleichsmodelle geeignet sind, Win-Win-Situationen zu erzeugen, muss sich zeigen.

Globale Ausgleichsmodelle beruhen einerseits auf der Bereitstellung von Co-Finanzierungsmitteln durch die *Leader*-Länder und andererseits die Bereitschaft der *Latecomer*- und *Adopter*-Länder, die hohen Standards der *Leader*-Länder in zu vereinbarenden Zeiträumen zu akzeptieren. Bislang galten als solche hohen Standards: konsequente Liberalisierung und Privatisierung der IuK-Märkte; faire Wettbewerbsbedingungen/offene Märkte; Einhalten von Menschenrechten; Förderung von kultureller/medialer Vielfalt und Unabhängigkeit; Demokratisierung, Aufbau zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen; seit der Rio-Konferenz auch nachhaltige Entwicklung, im Kontext von WSIS auch mit Blick auf ICT-Technologie zur Vermeidung von umweltschädlichen *Rebound*-Effekten durch massenhaften Einsatz von ICT-Endgeräten auch in *Latecomer*- und *Adopter*-Staaten.

Das Problem liegt natürlich darin, dass nicht alles, wie z.B. ökologisches Wirtschaften oder Schutz von intellektuellen Eigentumsrechten, im primären Interesse des „Südens“/der *Latecomer*-Staaten liegt, die am meisten von dem *Digital divide* betroffen sind. Sollen also die *Latecomer*-Staaten diese für ihre Gesellschaften zumindest momentan komparativen „Vorteile“ aufgeben, so müssen entsprechende Kompensationsangebote gemacht werden. Das soll primär über direkte finanzielle Unterstützung, hier zum Aufbau von ICT-Infrastruktur und zum Aufbau von Informationsdiensten und –einrichtungen, geschehen, kann aber auch, wie angedeutet, durch Know-how-Transfer bzw. Lockerung der IPR-Verknappungspolitik geschehen.

Sollen Ausgleichsmodelle allgemeine Zustimmung finden, so muss sicher vermieden werden, die in dem Ausgleichsmodell einzuhaltenden Standards zu eng an die Wertvorstellungen der *Leader*-Staaten zu binden und Prinzipien der inklusiven und nachhaltigen Entwicklung Priorität einzuräumen. Ansonsten besteht die erneute Gefahr, dass die eventuellen finanziellen Anstrengungen des Westens

und Nordens nicht honoriert, sondern als neue Form des Kolonialismus, jetzt in Form eines Informations-, Medien- und Kulturkolonialismus bekämpft werden.

Das scheint mit die eigentliche Herausforderung an das Thema Informationsgesellschaft und Verantwortung, gerechte und das kann im Sinne der Rawls Gerechtigkeitstheorie nur heißen: faire Lösungen für das skizzierte Binnenproblem des Umgangs mit Wissen und Information über neue Organisations- und Geschäftsmodelle finden und das globale Problem lösen, den real in den letzten Jahren sich eher verschärfenden Digital divide zu überwinden, vielleicht über faire und Win-Win-Situationen erzeugende Ausgleichsmodelle,